



Jens Christian Magnussen, MdL

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Brunsbüttel, 12. September 2007

P R E S S E M I T T E I L U N G

Jens-Christian Magnussen: Die Dithmarscher SPD muss sich eindeutig zum Energiestandort Brunsbüttel bekennen!

Der Brunsbütteler Abgeordnete Jens-Christian Magnussen hat die Dithmarscher SPD heute (12. Sept.) aufgefordert, sich nach den Beschlüssen des SPD-Landesparteitages eindeutig zum Energiestandort Brunsbüttel zu bekennen: „Der SPD-Landesparteitag hat den Ausstieg sowohl aus der Atomkraft als auch aus der Kohlekraftwerkstechnologie beschlossen. Damit stellt sich die Frage, was die SPD in Brunsbüttel will“, so Magnussen.

Er warnte vor den Auswirkungen dieses Beschlusses für den Energiestandort Brunsbüttel: „Der Rückenwind, der den Standort Brunsbüttel zur Zeit nach vorne treibt, darf durch eine restriktive Energiepolitik der SPD nicht abgeschwächt werden.

Die Forderungen der SPD nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, die Ablehnung von Kohlekraftwerken und vieles mehr gefährden unseren Energiestandort und die damit verbundenen Arbeitsplätze“, so Magnussen.

Die Aussagen von SPD-Verantwortlichen seien widersprüchlich und hätten keine eindeutige Positionierung:

Der SPD-Ortsverein Brunsbüttel setze sich für das Kernkraftwerk und für das Kohlekraftwerk am Standort ein.

Der SPD-Kreisverband Dithmarschen spreche sich gegen das Kernkraftwerk, aber für ein Kohlekraftwerk aus.

Nun sei der SPD-Landesverband sowohl gegen Kernkraft als auch gegen Kohlekraftwerke.

„Die Dithmarscher Genossen sind aufgefordert, klar zu sagen, wohin die Reise gehen soll. Der SPD-Landtagsabgeordnete Detlef Buder schlägt jüngst vor, ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk zu errichten, für das es bisher aber keine Investoren gibt. Ich könnte mir vorstellen, dass die SPD als Alternative zur Energieversorgung dann zukünftig auch die Nutzung von ‚Wasserkraft aus dem Mummelsee‘ propagiert“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete.

Er forderte die SPD auf, endlich ein verlässlicher Partner in der wirtschaftlichen Standortsicherung und im Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region zu werden.